

Rechtswort

Verabreichung in Halle, Gr. Braunschweig 17, Fernruf: Nr. 6602.
 Gleichen 302. Erpedition: innerer Güterweg, Vertriebsweg, 2. Etage,
 tags von 8-6 Uhr nachmittags. Die „Rechtswort“ erscheint täglich
 mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, mit den wöchentlich wechselnden
 Beilagen: „Die Gewerkschaft“ und „Für die arbeitende Klassen.“
 Ehemalige Redakteure: Ministerpräsident und die Hauptgeschäftsführer
 nehmen Bestellungen an. Unentgeltlich eingehenden Manuskripten für
 Redaktionen beizufügen. Die „Rechtswort“ liefert eine beson-
 dere Ausgabe der Preisverhältnisse in allen Orten. Änderungen von Be-
 ziehungen werden an Verträgen zu jeder Tageszeit entgegengenommen.
 Erscheinungsort der Redaktion: vormittags von 11-12 Uhr.

Sozialdemokratische Partei-Zugang
für Halle

und den Saalkreis sowie die Kreise Merseburg, Zwickau,
 Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Flöha, Opa-
 Sangerhausen, Charta-Beberga, Zeitz-Weißenfels, Naumburg,
 Giebichen und die Mansfelder Kreise.

Verlag in Halle a. S., Große Ulrichstraße 27, Fernruf 5407.
 Postamtadresse: „Rechtswort Halle“, Verlagskonto 11992 Erlauf.
 Geschäftsstelle in Halle: Bahnhöfstr. 22, Fernruf-Nr. 302.
 Bezugsspreise: monatlich 9,50 RM, monatlich 36 RM inkl. Zustellungsgeld.
 Für die Post bezogen über für Sachbücher 33,00 RM, einschließlich
 Lebenshilfe. Anzeigenpreise: im Monatspreis 3.— Mk. jeder Mit-
 glieder: 2.— Spalte; desgleichen als Spalte im Zeitungs- 12.— Mk. Betriebs-
 Anzeigen desgleichen über andere Zeitungen in allen Fällen nach der ver-
 einbarten Aufnahme von Anzeigen sowie von der nächsten Preisunterkunft.
 Gehalt der Inhaberinnen-Anzeige für die nächste Nummer
 morgens 9 Uhr.

Günstiger Einfluß.

Keine Beschlagnahme deutscher Forsten und Bergwerke.

Neues Garantie-System?

Sicherung von Holz- und Kohlenlieferungen an die Alliierten. — Belgisch-französische Allianz gegen eine friedliche Regelung der Reparationsfrage.

London, 9. August. Es verlautet, daß aus dem Bericht des Sachverständigenausschusses hervorgeht, daß die Mehrheit des Ausschusses gegen die Errichtung einer belgisch-französischen Allianz zur Besetzung von Steuern in besetzten Gebiet ist. Der Vorschlag betreffend Beschlagnahme von Bergwerken und Forsten ist ebenfalls verworfen worden, doch soll ein System von Garantien erzwungen werden, die die Sicherung von Kohle und Holz an die Alliierten sichern. Nach der Vorstellung, Deutschland solle sich einverleiben erklären, Anteile an den industriellen Konzernen der Alliierten zu geben, ist abgelehnt worden. Die vom italienischen Außenminister ausgesprochene Ansicht, daß ein Widerpruch darin liege, ein Moratorium zu gewähren und gleichzeitig deutsches Eigentum zu beschlagnahmen, habe günstige Aufnahme gefunden.

Paris, 9. August. Nach Mitteilung des Sonderberichterstatters der Agentur Havas über die Sachmittagskonferenz des Sachverständigenausschusses habe sich die Ausarbeitung hauptsächlich auf die Beschlagnahme der französischen Bergwerke im Rheingebiet und Demineralisierungen auf dem linken Rheinufer erstreckt. Die belgischen Sachverständigen hätten den Vorschlag in diesen beiden Punkten unterstützt und erklärt, daß es unzulässig sei, daß Deutschland noch nicht die vorgesehene Menge Holz und Kohlen abgeliefert habe, obwohl es dazu in der Lage sei. Die Sachverständigen hätten beschlossen, anzunehmen, daß die Belgier die Ausarbeitung der Sachmittagskonferenz unmittelbar bei der Ausarbeitung der Reparationsfrage zu unterstützen beabsichtigen. Es werde während die jetzt das Deutsche Reich nur verpflichtet war, insofern der Vertrag zu bekräftigen. Die Sachmittagskonferenz werde weiter weiter, wobei der Bericht über die Sachmittagskonferenz, der beantragt worden ist, sich über die Ergiebigkeit der im Auge gefassten Maßnahmen auszusprechen. Die Führer der Delegationen würden sich dann zusammensetzen und entscheiden, ob sie den Bericht ganz oder teilweise annehmen.

Paris, 9. August. Der Sonderberichterstatter der Agentur Havas meldet über den weiteren Verlauf der Beratungen der gestern einigten Sachverständigenkommission: Die belgischen Sachverständigen hätten erklärt, daß die Alliierten schon auf Grund der früher getroffenen Abmachungen über die Sachmittagskonferenz die Rechte der Belgier verlieren, wie z. B. die Belgier, Abgabe von der deutschen Kohle und die Sachmittagskonferenz der Summe für die Reparationsfrage. Die Belgier hätten der im Monat Mai des vorigen Jahres eingeleitete Garantieaussetzung die Sachmittagskonferenz, ähnliche Maßnahmen zu ergreifen, wenn es für notwendig erachtete. Finanzminister der Belgier habe erwidert, daß Deutschland sich nicht mehr seinen Verpflichtungen in Bezug auf die Abgabe entziele, wie es das mit dem Reich seiner Schulden tue. Wenn andererseits Deutschland für die fällige Schuld ein Moratorium beantragt werde, könnten die ergreiften Maßnahmen nicht mehr angewendet werden. Die im Auge gefassten Vorschläge seien technische, feststehende, produktive

Wälder und hätten keinen militärischen Charakter, wie etwa die Besetzung neuer deutscher Gebiete. Seine nachdrücklich werden die Sachverständigen eine neue Sitzung von kurzer Dauer haben. Die Ministerpräsidenten werden sehr wahrscheinlich gegen Ende des Tages zusammentreffen.

„Die Zeit noch nicht gekommen“.

Ein zutreffendes englisches Urteil über die Londoner Konferenz. London, 9. August. In der Besprechung der gestrigen ersten Sitzung der Londoner Konferenz drückt „Manchester Guardian“ die Befürchtung aus, daß die Zeit noch nicht gekommen ist, wo es sich um einseitige Ministerpräsidenten wegen der übertriebenen Hoffnungen seiner Parteimitglieder in Bezug auf die Reparationszahlungen zu entscheiden. Der hohe finanzielle Verlust auf dem Papier, der mit einer vernünftigen Regelung der Reparationsfrage Hand in Hand gehen müßte, werde auch durch den Bericht Englands auf die im geschlossenen Geheiß nicht zu ermitteln werden. Es sei aber noch gar nicht an der Zeit, von einem solchen Bericht zu sprechen, denn Voraussetzung dafür wäre nicht nur die Herabsetzung der Reparationssumme, sondern auch die Zurückziehung der Besatzungsarmee, der Bericht auf ausländische Kontrolle der deutschen Finanzen, Zulassung Deutschlands in den Weltverkehr und die Erhebung der internationalen wirtschaftlichen Sanktionen, die Frankreich lieben in Kraft gesetzt habe.

Poincares Korborgan greift Lloyd George an.

Paris, 9. August. In seinem Kommentar zu den gestrigen Verhandlungen legt der „Temps“, das Korborgan Poincares, zum Schluß: Lloyd George habe gefordert, als ob er die Interessen Englands, Deutschlands und Europas im allgemeinen gegen die französischen Forderungen verteidige. Diesen falschen Eindruck gelte es zu zerstreuen. Wenn irgendwo unter der Arbeitlosigkeit gelitten habe, wenn Deutschland erzwungen worden ist, lokal Papiergeld zu drucken, wenn endlich Europa durch eine so ernste Krisis hindurchgehe, so sei das in erster Linie deshalb, weil Lloyd George eine Politik völliger Isolation und Widerstreife getrieben habe. Wenn man den Versuch mache, die Welt zu befreien, handele man im Interesse Englands, des deutschen Volkes und aller europäischen Nationen ebensowohl wie im Interesse Frankreichs. (1)

Deute nachmittag Fortsetzung.

Noch nicht abgeschlossene Prüfung der Vorschläge durch die Finanzminister und Sachverständigen.

London, 9. August. Die Finanzminister und Sachverständigen der Alliierten, die die Sachmittagskonferenz haben ihren Bericht noch nicht abgeschlossen. Sie werden heute einen Bericht ausgeben, der der Konferenz vorgelegt werden wird. Die nächste Sitzung der Konferenz werde wahrscheinlich heute am frühen Nachmittag sein. Der Berichterstatter würde gehen werden dringlicher politischer Geschäfte nach London zurückkehren (siehe nebenstehenden Leitartikel). (Siehe nebenstehenden Leitartikel).

Der Landbund wird tüchtig!

„Prominenzverband Sachsen des preussischen Landgemeindevorstandes“, 41. Halle.

Nachdem der Landbund monatlang gegen die Getreidemenge in allen Tonarten gewettert, ihm dies aber nicht genügt hat, beginnt er nun andere Seiten aufzuweisen und verlangt:

- 1. daß die Getreidemenge nicht wieder erhöht wird,
 - 2. daß die Preise sofort reduziert werden.
- Der Landbund glaubt wohl selbst nicht daran, daß angestrichelter unterer gangen wirtschaftlichen Verhältnisse die Getreidemenge nicht wiedererhöht, er wird sich wohl mit uns vertraut machen müssen, daß recht bald auch eine Teilbewirtschaftung der Kartoffeln und anderer Lebensmittel kommen muß, wenn nicht alles zusammenbrechen soll. Doch die Preisfrage eine Sache für sich ist und daß alle vernünftig denkenden Menschen den jetzigen Preis für Getreide für zu gering halten, braucht wohl nicht immer wieder betont werden. Wir verraten auch sicher nichts Neues, wenn wir mitteilen, daß die nachgehenden Sachverständigen beschließen, wie förmlichstens ein Muschelnest gefassten werden kann.

Aber der Landbund ist ja unerträglich, er möchte am liebsten mit Raff und Kartoffeln handeln; tuzum, er möchte den ganzen Handel ausfallen und alles in eigener Regie betreiben, dabei aber dauernd der Bevölkerung in der wirtschaftlichen Lage Schaden tun. Ein solches Vorhaben gegen die Sozialpolitik, die er — der Landbund — mit allen Mitteln für sich betreiben will, um den kleinen Mann auszufallen.

Seit ich der Landbund auf einen dritten an sich recht neuen Zeit, verfallen. Er hat, wie bereits geschildert, im letzten Teil unserer Zeitung mitgeteilt, wie ein eigener „Prominenzverband Sachsen des preussischen Landgemeindevorstandes“ gegründet. Kein anderer als der bekannte Hauptgeschäftsführer Dr. Burkhards

des Landbundes, also eine völlig deutsche nationale „Leitung“ hat man als

- 1. Vorkämpfer des Gemeindefürher Holste-Rothsch, Kr.
- 2. Bitterfeld, als
- 3. Vorkämpfer des Gemeindefürher Hildebrandt-Remfelercher, Kr. Mansfelden, gewählt.

Hinter diesen steht aber Dr. Burkhards als Geschäftsführer des neuen Verbandes, und damit jeder sieht, daß es eine Gründung des Landbundes, also eine völlig deutsche nationale Sache ist, sind die Geschäftsführer des neuen Verbandes dahin gelangt, wo Herr Dr. Burkhards residiert, nämlich ins Haus des Landbundes Halle, Brandstraße.

Wir möchten nicht verstehen, auch die Sachverständigen auf die deutsche nationale Gründung aufmerksam zu machen. Vor allen Dingen aber möchten wir unsere Parteigenossen, die in den verschiedenen Organisationen sitzen oder Gemeindefürher sind, vor dieser Organisation bringen warnen, ganz im besonderen deshalb, damit nicht aus dem Gemeindefürher für die deutsche nationale Partei durch diesen Verband und durch den Landbund Beiträge — die die Allgemeinheit aufbringen — geleitet werden. Wir müssen es geradezu als eine Verhöhnung der Sache und auch der menschlichen Organisation bringen warnen, ganz im besonderen deshalb, damit nicht aus dem Gemeindefürher für die deutsche nationale Partei durch diesen Verband und durch den Landbund Beiträge — die die Allgemeinheit aufbringen — geleitet werden. Wir müssen es geradezu als eine Verhöhnung der Sache und auch der menschlichen Organisation bringen warnen, ganz im besonderen deshalb, damit nicht aus dem Gemeindefürher für die deutsche nationale Partei durch diesen Verband und durch den Landbund Beiträge — die die Allgemeinheit aufbringen — geleitet werden. Wir müssen es geradezu als eine Verhöhnung der Sache und auch der menschlichen Organisation bringen warnen, ganz im besonderen deshalb, damit nicht aus dem Gemeindefürher für die deutsche nationale Partei durch diesen Verband und durch den Landbund Beiträge — die die Allgemeinheit aufbringen — geleitet werden.

150 Ausweisungen aus Stralburg. Dem Präkten des Departements in Elsass-Lothringen sind die Ausweisungen dieser Art angegangen. Man erwartet nur, den Bericht nach der Zeit, um sie auszuführen. Die Stadtbürgerliste enthält 150 Namen.

Verbotenes deutsches Segelboot. Das brandenburgische Staatsministerium verbot das Mittelwasser der Deutschen Nationalen Volkspartei „Wolf und Wassertier“ auf dem Rönne.

Poincares Wahnideen.

Die ersten Einträge über den bisherigen Verlauf der Londoner Konferenz vermag in Deutschland alles andere, nur nicht ermutigen zu wirken. Wie bei allen bisherigen Entschlossenheiten, die u. a. auch dem Wiederaufbau Europas galten, auch hier neue einseitige Anläufe von französischer Seite, Anläufe die von vornherein das notwendige friedliche Zusammenarbeiten bei einem Wiederaufbau erschweren müssen. Statt einmal von der Selbstschuld der französischen Regierung an der oben erwähnten Finanzlage Frankreichs zu reden, sieht Herr Poincare nur den Ballen in dem Auge eines einseitigen Gegers, verzicht demüßigt die Festhaltung des Garantiekomitees, das längere Zeit in Berlin weilte und Deutschland die Regelung seiner Verpflichtungen nach belauen Willen und Gewissen zuließ. Poincares Kaktus bei wirtschaftlichen Auseinandersetzungen wird von politischen Motiven geleitet. Noch ist das Anreizprogramm der französischen Regierung von Gnaden des nationalen Blods nicht verwirklicht. Man braucht einen, ja die alten Willen Deutschlands, der längst bewiesen wäre, wenn es nach den Deutschland nationaler ginge. Diese Herrschaften föhnen bereits jetzt wieder nach der letzten Faust, probieren abermals hoch und heilig den endgültigen Zusammenbruch der deutschen Erfüllungspolitik, ohne erst die Entwidlung der Londoner Beratungen abzuwarten und ohne sich dessen bewußt zu sein, daß sie mit dem nationalen Gefühl nur die Befreiungen französischer Anreizpolitik fördern.

So ernst auch die Situation im Augenblick scheint, eines ist doch zufriedenstellend zu verzeichnen. Das erste Mal seit anderthalb Jahren hat sich der französische Ministerpräsident zu einem Moratorium, wenn auch nach eigenen Weisungen bereit erklärt. Noch vor wenigen Monaten, anlässlich der Pariser Konferenz der Finanzminister lehnte das französische Kabinett ein Moratorium ab. Wenn man irgendwo in Paris anderer Auffassung gewesen ist, und eine Erklärung mit ungelassen Bedingungen verweigert, so liegt das dem rein französischen Standpunkt aus jedoch nicht nur verständlich, sondern liegt auch folgerichtig in der Linie der von Poincare seit seinem Regierungsantritt verfolgten Politik. Frankreich — oder richtiger Poincare — knüpft an ein Moratorium die Forderung nach produktiven Maßnahmen. Was heißt produktive Maßnahmen? Nach dem „Pariser Wahn“ ist darunter die Beteiligung an den Ergebnissen der Ausbeutung der staatlichen Bergwerke, der Dominianen und der großen Industrie gesellschaftlich zu verstehen! Man will also u. a. Deutschland neue Kommissionen auf den Hals legen, die für uns eine neue wirtschaftliche Last bedeuten und die einen wesentlichen Anteil der neuer erzielten Gewinne für ihren großzügigen Antheil behalten. Auf der einen Seite also Stundung und damit Entsehung der Unmöglichkeit weitere Verpflichtungen zu leisten, auf der anderen Seite neue Belastungen! Wofür da erst Stundung Herr Poincare?

Rein wirtschaftlich betrachtet sind die französischen Forderungen ebenfalls mehr als widerwärtig. Zunächst ist uns unverständlich, was bei der Reibstundung noch kontrolliert werden soll, nachdem ihre Autonomie gegenüber den Reichs gefahrt worden ist, und das geschäftliche Interesse der Reichsregierung einen ziemlich wesentlichen Gewinn aus der Noten- und Devisenpolitik der Reichsbank gewonnen hat. Die Forderung von den französischen Ministerpräsidenten geforderte Devisenzentration muß daran scheitern, daß ein Heer von Ententegenern in Deutschland und besonders die Besetzung mit nachdem geschäftsfähigen Dienstern ohne jede Kontrolle des Reichs Devisenpolitik ausübt. Das kann nur durch ein Verbot der Besetzung unterbunden werden. Eine Überwindung des Marktes in Auslandsdevisen findet ohnehin statt. Die Kontrolle der Ausfuhrneigung wirkt wie ein Sobol, wenn man weiß, daß es gerade der Friedensvertrag ist, der die Rechte Deutschlands zur Ausübung seiner Zollpolitik erheblich beschränkt. Eine Sonderbestimmung der Rolle muß auf den jährlichen Wiederaufbau der Bergarbeiter stoßen, die jetzt schon die erhöhte Kohlensteuer als ein Symptom in ihren Lohnkämpfen empfinden und daher im Interesse einer besseren Lebenshaltung und zur Verhinderung der Abwanderung in andere besser bezahlte Berufe einen Abbau der Kohlensteuer fordern. Die Wiederherstellung der Zollgrenze im Westen des besetzten Gebietes nach Poincares Plänen wäre die gleichnismäße aufgehört haben. Unerschöpflich ist auch, welche profanistischen Erfolge sich Poincare aus einer angeblichen Kontrolle der Einnahmen aus Bergwerken und in anderen Kontrollen der befallene Punkt unter den französischen Forderungen ist die Beteiligung an der deutschen Industrie. Bekanntlich ist die Sozialdemokratie für eine Eröffnung der Sachwerte schon vor längerer Zeit in der Pflicht eingetreten, dadurch die Auswirkungen der Reparationszahlungen auf die Wart abzuhalten. Inzwischen ist auch von deutscher regierender kapitalistischer Seite ein entsprechender Plan ausgearbeitet worden. Dieser Plan bezweckt, die gesamten fälligen als Reparationszahlungen bezeichneten Forderungen durch ein einmaliges großes Zehlfünftel abzufinden, das etwa 2% des Wirtschaftskreislaufes des Grundvermögens umfassen sollte. Die Gegenleistung beträgt er die sofortige Auszahlung der Besetzung und vollständige Freiheit der deutschen Wirtschaft von fremden Druck.

Esra beauftragt, ein Programm aufzustellen, zumhinein zu können. Die Durchführung der Forderungen könne man nicht jedem Lande allein überlassen, sondern müsse sie durch internationale Aktion durchziehen.

Mit 86 gegen 13 Stimmen wurde die **Entschließung** angenommen. Sie lautet:

Der Vorstand der Internationalen Bergarbeiterverbände wird beauftragt, ein einheitliches Programm der Bergbau aller Länder durchzuführenden Ziele und Forderungen zu entwerfen, und zwar möglichst auf der Grundlage der im Laufe der Zeit von den Kongressen des Internationalen Bergarbeiterbundes gefassten Beschlüsse. Zugleich werden die Bergarbeiterinternationalen angeschlossenen Landes- bzw. Zentralverbände aufgefordert, in ihren Ländern die Verwirklichung dieser Ziele und Forderungen anzuknüpfen als den ersten Schritt auf dem Wege zur Vereinheitlichung der Arbeitsbedingungen in allen Bergbauländern der Welt. Die einzelnen Länder verpflichten sich, in jeder nur möglichen Weise die Bemühungen aller anderen Länder zur Erreichung solcher Ziele und Forderungen zu unterstützen.

Ueber die Gewährung von Urlaub an die Bergarbeiter sprach V. Gombard - Belgien. Die internationalen Kongresse haben sich wiederholt mit dieser Frage befaßt; 1919 in Karlsruhe wurde die Forderung eines 14tägigen bezahlten Urlaubs aufgestellt. Der Kongreß empfahl eine Geschäftsreise der Bergarbeiterinternationalen angeschlossenen Landes- bzw. Zentralverbände und jeder nationalen Section aufgab, bis zum nächsten Kongreß für ihr Land einen Entwurf auszuarbeiten, der angibt, in welcher Weise die praktische Organisation des jährlichen Urlaubs durchzuführen ist. Diese Entwürfe sind eine Annahme. Die französischen Mitglieder dagegen, weil sie eine internationale Regelung wünschten.

Zum Schluß der Sitzung erstattet die Mandatsprüfungskommission Bericht. Es sind 119 Delegierte anwesend, die 2108 800 Mitglieder vertreten. Auf die einzelnen Länder entfallen: Deutschland 82 Delegierte für 140 000 Mitglieder, Frankreich 9 für 100 000, Belgien 13 für 80 000, England 28 für 800 000, Amerika 2 für 500 000, Holland 2 für 25 000, Argentinien 2 für 24 000, Ungarn 1 für 17 000, Tschechoslowakei 1 für 20 000, Dänemark 1 für 30 000 und Südafrikanische 1 für 116 000 Mitglieder.

Streifenarbeiten aus dem Reich. W. F. verbreitet folgende mit Vordruck aufzunehmende Streifenarbeiten: Solingen. Die Bundesdruckerei verlangen eine sofortige Erhöhung des Tarifes um 100 Prozent angucken, daß in der nächsten Woche in Belgien Verhandlungen zur Erhebung eines Zolls auf den Import von Textilwaren stattfinden, dem alle Bundesdruckereien unterstellt sind. Leipzig. Der Kellnermeister in Leipzig scheint seinem Ende auszugehen, denn die Kellner erklären sich bereit, obwohl auf Grund des hohen Gehaltes als auch auf Grund der einkunftsreichen Prosente in Lohnverhandlungen einzutreten.

Argentinisches Fleisch für Deutschland.

Wie die B. Z. mitteilt, sind die Verhandlungen des Handelsbevollmächtigten der argentinischen Regierung Dr. Barthelemy Doneri über die Lieferung argentinischen Fleisches nach Deutschland.

land zum vorläufigen Abschluß gekommen und Schlussverhandlungen sollen in Argentinien stattfinden. Vorläufig ist ein Kreditlimit von 100 000 Tonne lebendem Vieh und 100 000 Tonne Geflügel, der auf deutschen Schiffen verladen werden soll, in Aussicht genommen. Wie das Blatt schreibt, werde es möglich sein, das argentinische Fleisch um ein Drittel billiger als das deutsche zu liefern.

Wirtschaft.

Heutiger Stand des Dollars 797 1/2

Die Berliner Dienstag-Börse.

An der Berliner Dienstagsbörse verhielt sich die Devisenpekulation im Hinblick auf die unklare politische Lage in London zunächst abwartend. Es fanden nur außerordentlich geringe Umsätze in ausländischen Zahlungsmitteln statt. Amtlich notierten: Kabel New York 763, London 3405, Holland 29 600. Am Effektenmarkt herrschte der Beginn der Börse ebenfalls allgemeine Stille. Im weiteren Verlauf entwickelte sich jedoch am Montanmarkt eine für-mitteleuropäische, deren Mittelpunkt Rheinisch, Geländebörse, Köln, Neu-Essen, Rheinische Braunkohle und andere westdeutsche Papiere standen. Ueber die Umsätze besteht keine volle Klarheit. Nach einer Version handelt es sich um eine große, neue Konzentrationsbewegung der deutschen Montan-industrie. Außer den Montanaktien zeigte sich auch die Maschinenbauindustrie sehr lebendiger. In den übrigen Märkten blieb das Geschäft jedoch verhältnismäßig ruhig.

Aus aller Welt.

Eine feine Gesellschaft.

In den Wiener Gesellschaftskreisen wird jetzt ein eigenartiger Liebesroman sehr viel besprochen. Die Heldin dieses Liebesromans ist die Baronin Ida Zenden, die Gattin des Majors im mecklenburgischen Dragonerregiment, die Tochter des Grafen Botho Culenburg und eine Enkelin des gemeinen Vorkämpfers Fürsten Culenburg. Die etwas eigenartig veranlagte junge Dame hatte im letzten Kriegsjahr in Wiesbaden den sehr verwandten österreichischen Ingenieur Jovan Bogar kennen gelernt, als dieser sich als reformorientierter Arbeiterführer dort zur Arbeit aufhielt. Zwischen dem österreichischen Arbeiterführer und der Baronin Zenden entstanden engere Beziehungen, auch als der Krieg zu Ende war, trafen sich die beiden in der Schweiz, wo sie zuerst in Genf, dann in Bern und schließlich in Zürich Aufenthalt nahmen. Sie lebten auf großem Fuße, bis ihnen eines Tages das Geld ausgegangen war, worauf Bolgar eine Anzahl von Industriefaktien, die er von der Baronin zur Aufbewahrung übernommen hatte, für die Geldsumme von

300 000 Schweizer Franken veräußerte. Als auch dieses Geld zur Reize gieng, ließ er gleichfalls in Zürich einen Bank und ein Bankkredit der Baronin mit 100 000 Schweizer Franken beleihen. Vor einiger Zeit reiste das Paar nun aus der Schweiz nach Wien, wo es im Hotel Sacher wohnte. In Wien scheinen zwischen den beiden Differenzen entstanden zu sein, der Liebesroman ging deshalb seinem Ende entgegen und beide bedrohten sich nun gegenseitig mit Klagen. Die Baronin wollte ihren ehemaligen Geliebten der Veruntreuung bezichtigen, indem sie erklärte, er habe die Hälfte ihrem Besitze stehenden Wertgegenstände ohne ihr Wissen und Willen beleihen lassen. Bolgar wiederum verlangte die Einleitung einer Untersuchung gegen sich und drohte mit einer Anklage gegen die Baronin wegen Verletzung der gegen ihn erhobenen Verbindlichkeit. Nun hat Baronin Zenden tatsächlich Anzeige erstattet und auf Grund dieser wurde Jovan Bolgar verhaftet und dem Landgericht eingeliefert, trotzdem er die Anklage als unberechtigt erklärte und angab, daß die Handgeschäfte in Zürich mit Wissen der Baronin Zenden durchgeführt worden seien, und daß die als Belegsumme erhaltenen Gelder zur Befriedigung der gemeinsamen Lebensführung verwendet worden würden. Eine feine Gesellschaft!

Der Raubmord auf hoher See.

Eine Tragödie auf der Nordsee wird demnächst vor dem Hamburger Schöffengericht ihren Abschluß finden. Am Frühling vorigen Jahres lernte der Schiffer Andrej aus Hufum, als er mit seinem Fahrzeug im Hamburger Hafen lag, einen älteren, den gebildeten Kreisen angehörenden Mann kennen, der sich als Ingenieur Jedel aus Berlin ausgab und um Erlaubnis bat, mitzufahren, da er Studien an den Schiffsteuern machen wollte. Der sehr gutmütige Andrej erlaubte ihm das und nahm ihn mit nach Holt und Amrum. Nachdem darauf am 18. Mai die Rückfahrt vom Amrum nach Hamburg angetreten war, blieb das Schiff trotz des schönen Wetters verflochten in einem einzigen Zeit später in 8 Ull in England aufzutreffen, wo Jedel ganz alleine mit dem Fahrzeug eingetroffen war und angab, daß Andrej ihm auf der Fahrt das Schiff verkauft habe. Andrej habe gefragt, er könne in Deutschland nicht mehr weiterkommen, auch wies Jedel einen regerestren Kaufkontrakt vor, der aber schon in England als fälschung festgestellt wurde. Es tauchte sofort der Verdacht auf, daß Jedel die Schiffbesatzung ermordet habe, und zwar nahm man an, daß er sie durch Gift oder Gase umzubringen wollte und dann über Bord geworfen habe. Nachdem das Schiff nach dem Meere gelangt war, wurde es samt dem Bordbesatzung von England an Deutschland ausgeliefert und nach Hamburg überführt. Hier stellte Jedel, der gegen Frau U. noch den Gehaltsschulden spielen wollte, sich gefesselt, so daß er zur Beobachtung seines Aufwandes der Zrenanhaft Friedrichsberg übergeben werden und die Verhandlungen abgebrochen werden mußten, um nun im September neu aufgenommen zu werden.



Rennen
in
Halle
Sonabend und Sonntag, d. 12. u. 13. Aug.
Abteilung 2, nach 2 1/2 Uhr
8 Flachrennen
und
6 Hindernissen
Gesamtpreise 548 000 Mark
und 10 Ehrenpreise.
Totalisator von 1 Uhr ab
gedöhnt.
Näheres Programm und
Gute Zugverbindungen v. allen Seiten.

Walhalla
Dir. Josef Milos.
Heute Mittwoch:
Die grossen letzten
Ergebnisse.
I. Kampf
der wegen Eintritt der
Schlussrunde abgebrochen.
Entscheidungs-Kampf:
Urbanek - M. Steinke
II. Kampf:
Grosses Handicap
H. Steinke - Gemmel
M. Steinke ist verpflichtet,
beide Gegner hinteran-
der innerhalb ein. Std.
gerechnet zu besiegen,
sonst ist dies, so erhält
er eine Extrapremie von
Mk. 1000.-. Gelling hat
diese Aufgabe nicht, so
fall, seinen bei. Gegnern
die Mk. 1000.- zu.
III. Kampf:
v. d. Heydt - Barkowski.

Geschäftseröffnung u. Empfehlung
Talantstraße 3 (Hallmarkt)
ein Detailverkaufsgeschäft für
Altgäuer Käse u. Butter
eröffnet haben.
Es wird unser Bestreben sein, das kaufende Publikum nur mit guter
Qualitätsware zu bedienen.
Ordnungsgemäß erhalten Vorkaufspreise.
Schweizer & Greiner
Hennings
im **Hilfsamt**
Nürnberg Halle (Saale)
Hilfsproduktengroßhandel.
NB. Solange Vorrat reicht, geben wir ganze Riffen Ulmberger Käse
per Pfund zu 3/4 Mark ab.

Aus der Betriebsrätepraxis
von E. Wepel
und des Hrn. Prof.
Dr. E. Wepel
Jeder Betriebsrat, Geschäftsleiter und Betriebs-
mann braucht neben Gesetz, Kommentar zum Betriebs-
recht dieses wichtige Buch. - Preis 70.- Mark
Buchhandlung der Volksstimme
Halle a. S., Gr. Ulrichstr. 27.

Eislerwaren,
Posiermittel,
Drelle,
Garne und Zwirne
Wolff Wülfch,
Kudw. Wülfcher-Str. 1a

Leder-Sport-Gürtel
in 6 verschiedenen Farben
40 mm breit 85.00 Mark,
30 mm breit 65.00 Mark.
J. Rautenberg,
Veipziger Str. 87, Dreieck
Brauhausstraße.

Ämtliche Bekanntmachungen Halle a. S.
Die Abteilungen 25 bis 28 auf dem Schriedhofe
werden demnächst wieder belegt. In Abteilung 25 und
von 28. Mai 1900 bis 16. Oktober 1901 und in Ab-
teilung 27 vom 4. Dezember 1900 bis 27. Oktober 1901
vermieden. In Abteilung 24 vom 20. Dezember 1899
bis 26. Juli 1901 und in Abteilung 28 vom 6. August
1901 bis 27. April 1902 Kinder im Alter unter 5 Jahren
belegt werden.
Bedingungen zur Wiedereröffnung der Grabsstellen
sind an Vergangem zum Schriedhof angehängt. Termin:
15. September 1922.
Halle, den 3. August 1922.

Bekanntmachung. Die Gültigkeitsdauer der für
die Broschüren auf Grund der Verordnung über den
Handel mit Geld und Geldmitteln vom 24. November
1921 (R. G. Bl. S. 1370) erteilten Erlaubnisse zum
Ankauf von Kartons beim Erzeuger wird hiermit mit
Eröffnung des neuen Reichsanzeigers für Handel und
Gewerbe bis zum 30. September 1922 einseitig verlängert.
Magdeburg, den 19. August 1922.
Der Oberpräsident.

Verdientlich.
Eisleben, den 28. Juli 1922
Der Magistrat.

Pianos
gebraucht u. neu,
aus bestem Material
preiswert
in großer Auswahl
stets vorrätig.
B. Döll
Gr. Ulrichstr. 33/34.

Carl G. Günther, Grafeweg 8 Tel. 810.
zahlt mehr als jede prahlende Konkurrenz.
Ich zahle für
Lumpen (unfortiert) 6,00 Mark
Schleifwolle 50,00 Mark
Zähler und Zeitsungen 8,00 Mark
Hilfsgeräte 6,00 Mark
Für Metalle und Eisen die höchsten Tagespreise.
Ein Weg zu uns lohnt sich. Hole auch auf Wunsch selber ab.

Bekanntmachung.
Unter Anmets auf unsere Bekanntmachung vom
28. Juni 1922 bringen wir hierdurch zur öffentlichen
Kenntnis, daß der neue Flächplan und Höhenplan für
die von Seiden nach dem Gruben Weg durch das Ge-
lände der Seiden-Halle führende Hauptstraße, für
die von letzterer abgehenden Nebenstraßen sowie für
die Straße des Gruben Weges entlang dem Seiden-
gelände öffentlich eingetragene sind. An Erwerbungen
gegen sich nicht erhoben worden sind. Der Plan kann im
Verwaltungsgebäude (Marktplan 24), Zimmer Nr. 31 eingesehen
werden.
Halle, den 4. August 1922.
Der Magistrat.
Friedrichs-Verwaltung.

Ämtliche Bekanntmachungen Siebertz.
Bekanntmachung
betr. Ausgabe der Brotkarten.
Die Ausgabe der Brotkarten für die Zeit vom
13. August 1922 bis September 1922 findet am
Donnerstag, den 10. August 1922 von nachmittags
1-5 Uhr in der Schule
und am
Sonabend, den 11. August 1922 von vormittags
8-11 Uhr im Volkshaus
statt. Der Ausweis zur Erlangung der Brotkartenkarten
ist mitzubringen. Es wird gebeten, die Brotkarten pünktlich
abzugeben.
Siebertz, den 8. August 1922.
Der Gemeindevorsteher.

Rochherde
Patent-Gruben,
Wasskessel,
eiserne und stählerne,
Rachel-Defen
Gasherde
Christian Glaser,
Hilfsamt
Größe, Hülfsamt, 24.
Vernipreder 6138.

Bei Einkäufen
bitten wir unsere Partei-
genossen und Leser sich
auf die Inserate in der
Volksstimme zu beziehen
Blasenschwäche
besorgt mit
allgemein bewährte,
täglich einzufließende
Ankerkugeln.
Ankauf froh.
Inhalt: Dr. Naumer,
Rockinghausen I.W.N.184

Bereins-Anzeiger
Bekanntgabe sämtlicher Veranstaltungen
der Sozialdem. Partei.
Volkshaus Halle, Saal 424, Fernruf 1611.
Ferner für die von Allen deutschen Gewerkschaften
angehängenen Gewerkschaften sowie die
auf dem Gebiet der Arbeiterbewegung stehenden
festen Vereine.
Der Vorstand.

Ämtliche Bekanntmachungen Eisleben.
Bekanntmachung. Nachdem das Präfektural-
amtshaus beschlagnahmt ist, wird in dem einmündigen
Stand zu verfahren, sage ich bei meinem Todeben aus meinem
Namen allen Behörden, Beamten und Angehörigen des
Reichs ein letztes Verzeihen. Hoffentlich möge ich mich
so er er vergibt, dem Verlebten die Güte mit Glück
und Freude zu dienen. Mein warmer und aufrichtiger
Dank gilt allen Behörden und Beamten, die mich in berei-
williger Weise unterstützen und den Beamten des Be-
zirks, deren Vertrauen in ich reichlich Maße erfahren habe.
Merseburg, den 25. Juli 1922.
geb. v. Geroldt,
Regierungs-Sozialist L. R.

Verdientlich.
Eisleben, den 6. August 1922.
Der Magistrat.
Clauß.

Bekanntmachung
betr. die Versteigerung der Finanzkasse
in Wittenberg.
Das Finanzamt zu Wittenberg teilt uns mit, daß bis
auf weiteres die Finanzkassen jeden Dienstag und Freitag,
außerdem jeden letzten Freitag des Monats für den
Publikumsverkauf geöffnet ist.
Um den Einwohnern verlässliche Wege nach der Finanz-
kasse zu ersparen, bringen wir dies besonders zur Kenntnis.
Siebertz, den 5. August 1922.
Der Gemeindevorsteher: Rupp.

Schluss der Anzeigen-Annahme 9 Uhr.

Von der Reise zurück
Frauenarzt Dr. Voigt,
Sprechstunden: vormittags 11-12 Uhr, nach-
mittags Montags, Mittwochs, Freitags 3-4 Uhr.
Stellen finden.
Perisette
Schweisser
(gehobener Schlosser) sofort gesucht.
Schaffe & Co., Wagenanstraße 12.

Merseburg, Freitag, den 11. August, abends
8 Uhr im „Angarier“ Ver-
sammlungsfeier. Jeder fors für guten Besuch.
Der Vorstand.

Witterfeld, Ortsverein der G.D.P. Freitag,
den 11. August, abends 8 Uhr, im
Bauhofshaus (Witter) Kinderfest. Willkür-
verleimung. 1. Nationalertrag und die Ver-
fassung (Vortrag Genosse Jurdole). 2. Bericht
des Ortsvereins in Halle; 3. Rahmenbericht; 4. Ver-
leimung. Jeder fors für guten Besuch. Gütlich und
herzlich willkommen.
Der Vorstand.

Wülfch, Ortsverein der G.D.P. Freitag,
den 11. d. Mts., abends 8 Uhr im
„Wülfch“ Versammlungsfeier. Gütlich
und herzlich willkommen.
Der Vorstand.

Geht Quartiere zum Mitteldeutschen Jugendtag!

Am 3. September veranstaltet die Arbeiterjugend ihren Mitteldeutschen Jugendtag. Tausende auswärtiger Burschen und Mädels benötigen hierzu noch der Quartiere, von denen die Mädels vollzählig in Privatlogis untergebracht werden und auch die Burschen vor Massengartnern möglicherweise verpflegt werden sollen.

Gesonnen, Leser und Leserinnen! Stellt, auch unter Verzicht auf eigene Ansprüche und Wohnheiten, für die Nacht vom 2. zum 3. September der Jugend, Euren Gleichgesinnten aus anderen Bezirken, ein Obdach umgehend zur Verfügung. Angebote werden im Gewerkschaftsraum, Zimmer 12, beim Parteisekretär G. Petersdorff, oder Zimmer 14, beim Jugendsekretär Paul Wort, sowie in den Expeditionen der „Volksstimme“, Große Ulrichstraße 27, und „Volkezeitung“, Harz 42/44, und bei den Parteifunktionären entgegengenommen.

Halle und Saalkreis.

August-Epistel.

Weißt du noch, wie Gemüte schmect? — Weißt du, wie zum kalten Frühling lüftet? — Schmect! Aufsteht's irellisch nicht? — Salzfäden löst' er ein Gedicht. — Durchstößt es mir mit goldenem Schimmer — in Traume der Erinnerung. — Denn stundenlang hat heut nichts mehr — von all' den Dingen, die einst lieh — in hülle dems armen Leben — der löbliche August gegeben! — Ist sich auch der Erinnerung Das — ein Wärdchen bleich's: es war einmal! — Heut lieh die Welt sich anders an — sie grenzt und kind und Gemann! — Das Brot dreht sich schon enormes Geld — Karzofeln kann man noch erhalt. — An fleisch darfst nimmer mehr so denken — auf Eier deinen Sinn nicht lenken — willst ein Paar Stiefel nennen beim, müßig du bist, vermagend kein! — Fahrstrosch und Gaspedal zu erfinden — „gehört schon“ zu den samstagen Dingen. — die Straße erst für Holz und Kohlen. — die toll fürwahr der Teufel holen! — Doch meidet bald der Herbst sich an. — der dich schon's Frühlein lehren kann! — Denk dich nicht gar an warme Kleider. — die hind nicht für die Hungerleber! — Preis du nur, daß die Sommer Nacht — „gehört schon“ zu den samstagen Dingen. — auf dich kommst's nicht groß an, mein Weibel! — Wärt du ein Landwirt oder Schieber. — dann läßt das Ding schon anders aus. — Not wohnt nicht in deinem Haus. — Du machst rundlich, froh und heil. — ginstig anseheibst freis abreit — und sprichst ohne Gewalt zu erfinden. — die Welt ist nicht nicht so schüchtern! — Und manche sommerliche Lust — erlöscht dir noch im August! — Die Birnen, Bohnen, Pfämenfrüchte — wär'n auch für dich, — dem armen Wästel! — So aber lauten wir Gefahr. — je weiter fohren tut das Jahr. — je tiefer rutschen wir in Not! — Schon fohren's kaum noch weiter. — lauten, wie mit uns auch schinden! — Das Zeit, soll's nie ein Ende finden? ...

Neue Porto-Erhöhdungen?

Die Reichspostverwaltung wird im September dem Reichspräsidenten und dem zukünftigen Reichstagsauschuss eine neue Portoveränderung zur Begutachtung vorlegen, um das fehlende Gehalt und die neuen Gebührensätze zu erhöhen. Es ist beabsichtigt, vom 1. Oktober ab die Briefe im Inland auf 4 Pf., für das Ausland auf 9 Pf. zu erhöhen. Postkarten sollen 2 Pf. 50 H. kosten. Auch die Telegramme- und Paketpostgebühren sollen wesentlich erhöht werden. Nur die Zeitungs- und Schenkungsentgelte bleiben unverändert. Nach einer weiteren Mitteilung aus Berlin sind für Inlandsbriefe sogar 6 Pf. Porto vorgesehen und für Pakete als erste Stufe 12 Pf. vorgesehen. Postkarten sollen danach im Fernverkehr 4 Pf. kosten. Diese Sätze sind vom Reichs-Verkehrsamt der Post noch nicht genehmigt, werden aber unter den gegenwärtigen Verhältnissen als unermesslich betrachtet.

Gegen die Verheerung Jugendlicher!

Ein Erlaß des Kultusministers Weizsäcker.

Der preussische Kultusminister hat, wie der amtliche Preussische Freisinnige mittelt, an die Provinzialparlamentarier in Folge die folgenden am 4. August datierten Kundmachung herausgegeben. Die Ereignisse der letzten Zeit haben die Notwendigkeit einer Erziehung zu lebendiger Staatsgewinnung, zu einem Staatsideal, in dem Volksgemüß und Staatsgefühl sich durchdringen, mit fürchterlicher Deutlichkeit gezeigt. Unser Staat muß in dem Gemüßen und dem Pflichtbewußtsein der Jugend gegründet sein, wenn er nicht in seinem Bestande bedroht sein soll. Nur der Wille zum Staat und die Einsicht, daß alle kulturellen Güter auf dem Staat beruhen, daß der Lebensform der Nation lieh, daß Staat, Volk, Verfassung, alles aufeinander angewiesen sind, bilden das Deutsche Reich von dem Zusammenbruch retten. Die staatsbürgerliche Erziehung, diese wichtige Aufgabe der deutschen Schule, macht es erforderlich, daß den Schülern und Schülerinnen der mit unterrichtlichen Schulen alles ferngehalten wird, was geeignet wäre, sie in ihrer Staatsgewinnung zu verwirren oder sie gar gegen den Staat zu beeinflussen, so denen Bürgern und Bürgerinnen sie herabgebeugt werden und dem sie einmal mit Hingebung dienen sollen. Gegenüber jugendlichen Entgleisungen und Rechtsgewalt habe ich bisher geschwiegen. Die Gewissenspflicht meiner Augenblicke und die Erschütterungen ihrer Gemüßer Welt sollen durch veränderte Erziehung zum lebendigen Staatsgefühl, zum freiwilligen Gehorsam gegen das der Rechtsidee entsprechende Staatsgesetz, zur freien Achtung vor der Republik überwinden werden. Diese Erwartungen haben sich zu meinem Bedauern nicht überall erfüllt. Es wird mir von planvollen Verheerungen jugendlicher gegen Staat und Staatsform berichtet, und es erscheint mir, daß eine Reihe von Jugendverbänden und Schülervereinen dem Erziehungswillen des Staates entgegenarbeiten und die Autorität des republikanischen Staates, seiner verantwortlichen Leiter und seiner Maßnahmen in den Köpfen unreifer Schüler und Schülerinnen auf schmerzliche erschüttern. Das aber bedrohliche Gefahren und die Aufarbeitung der Schule, erzeugt überhöhte Forderungen und ruft zum Widerspruch gegen die Staatsautorität, ja zu Schlämmern aus. In Ausführung der am 19. Juli 1922 getroffenen Vereinbarung der Unterrichtsverwaltungen der Länder und in Ergänzung des Kundmachens vom 11. März 1920 bestimme ich, daß den Schülern (Schülerinnen) aller Schulen verschiedenen, in Schülervereinen oder sonstigen Vereinen anzugehörigen oder an ihren Veranstaltungen teilnehmenden, die sich nach ihren Sitzungen oder nach ihrer Beteiligung gegen den Staat und die geltende Staatsform richten, seine Einrichtungen bekämpfen oder Mitglieder der Regierung des Reiches oder eines Landes verächtlich machen. Das gleiche gilt von Vereinen, die nach ihren Sitzungen oder nach ihrer Beteiligung die verfassungsmäßigen Grundgeden der Deutschen Reichsgemeinschaft ihrer Abkunft, ihres Glaubens und ihres Bekenntnisses wegen bekämpfen oder die sonst in ihren Bestrebungen und Zielen die Achtung zum Bürger der deutschen Republik im Sinne des Artikels 148 der Reichsverfassung gefährden.

Parteiengegossen! Republikaner! Denkt an den Verfassungstag!

Denkt an die Verfassungsfeier der S. P. D.!

Im übrigen bleiben die geltenden Bestimmungen über die Schülervereine vorläufig unverändert. Zur Vorbereitung der von mir in Aussicht genommenen allgemeinen Umarbeitung der Bestimmungen über Schülervereine erlaube ich, mir noch einen besonderen eingehenden Bericht über die Beobachtungen binnen vier Wochen vorzulegen, die in letzter Zeit mit jugendlichen Jugendverbänden und Schülervereinen gemacht worden sind, die mehr oder minder politisch bzw. parteipolitisch gefärdet sind. Wir erwarten, daß es nicht nur bei diesem Erlaß bleibt, sondern daß auch vom Staatsministerium mit aller Strenge gegen die Schulmänner vorgegangen wird, die es an der nötigen Energie zur Durchführung dieses Verbotes fehlen lassen.

Streit der Hallischen Buchdrucker?

Weshalb eben sind im „Kampfsport“ eine Verammmlung der Buchdrucker des Kreisvereins statt, die sich neben anderen Punkten auch in einem außerhalb der Tagesordnung stehenden Beschlusse: „Wie stellen sich die Hallischen Buchdrucker zu der Teuerungszulage für den Monat August?“ Allgemein wurde trübselig, daß die für die erste Hälfte des August zum Tarifausgleich beschlossene Teuerungszulage des Monats März im Absehe in dem Verhältnis liehe zu den Umständen in die Höhe angelegenen Preisen für alle Bedarfsartikel des täglichen Gebrauchs. Während ein Teil der Redner ein ähnliches Vorgehen empfahl und eine wöchentliche Zulage von 500 Mark für den Monat August als Forderung aufstellten, war ein anderer Redner vor einem ähnlichen Vorgehen unter Hinweis auf die Beschläße der vor kurzem in Leipzig stattgefundenen Generalversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, die sich nahezu einstimmig für den Fortbestand der Tarifgemeinschaft aussprach, und unter Hinweis darauf, daß für Donnerstag, den 17. August bereits neue Verhandlungen des Tarifausgleiches angesetzt sind, die sicher neue Teuerungszulagen bringen werden. Da die Verammmlung sich schon beendigt hat, wurde zunächst von einem Beschluß Abstand genommen. Eine für nächsten Freitag, im Volkssaal einzuberufende Allgemeine Buchdruckerammmlung soll über ein ähnliches Vorgehen im Hinblick jedes Kollegen in es, in dieser Verammmlung, gehen.

Die freie Arztwahl als Instrument ärztlichen Interessententum.

Zum Thema „Freie Arztwahl“ schreibt uns der Hauptverband deutscher Christenkrankenkassen, Dresden o. a. Von den Krankenkassen sind wir, die angahnen in Wirkungen auf die Krankenkassen mehr abgelehnt, wurde die freie Arztwahl von den Ärzten propagiert mit dem Hinweis darauf, daß jeder Kranke die Möglichkeit gegeben werden müßte, den Arzt seines Vertrauens auszuwählen. In Wirklichkeit aber verlagern die freie Arztwahl nur für die Mitglieder ihrer Organisation. Wer sich dieser Angelegenheiten nicht angeschlossen hat, darf von Krankenkassenmitgliedern nicht in Anspruch genommen werden, sei er als Arzt auch noch so tüchtig. Interessent ist in diesem Zusammenhang das Gewandnis eines Herrn Dr. Schäfer in der „Berliner Freie Korrespondenz“, der schon 1919 schrieb: „Es glaubt uns wirklich kein Mensch mehr, wenn wir behaupten, um des Wohles der Kranken willen wollen wir die freie Arztwahl haben und jedem Kranken den Arzt seines Vertrauens zur Verfügung stellen. Gewiß, wir wollen auch das, weil es noch den besten Standpunkt aus zu begreifen und anzuwenden möglich ist, nimmer. In erster Linie aber wollen wir die freie Arztwahl an unserer selbst tun.“ Die Krankenkassenmitglieder oder verlangen eine freie Arztwahl von den Kranken und nicht um der Ärzte willen. Deshalb fort mit den jetzigen Zuständen und her mit der wirklich freien Arztwahl! Sind die Krankenkassenpositionen damit nicht einverstanden, dann

die Krankenkassen freigestellt mit diesem Zwang! Mögen sie ihren Mitgliedern die Auslagen für die ärztliche Behandlung erlassen, aber es ihnen selbst überlassen zu wählen, von wem sie behandelt werden wollen. Und fort auch mit den Geleiten, die nicht einbezogen werden sollen. Die Beiträge der Krankenkassen sollen der Volkswirtschaft zugute kommen, die nicht dazu da, um lediglich das Wohl eines einzelnen Standes zu fördern.

Die Erhöhung der Teuerungszuläufe.

Durch das Gesetz über Teuerungszuläufe für Militärrentner vom 21. Juli d. J., das an die Stelle der bisherigen Versorgungsbedingungen des Reichsarbeitsministers tritt, sind die Teuerungszuläufe für Kriegsbeschädigte, Kriegshinterbliebene und Witwen mit Wirkung vom 1. August d. J. wesentlich erhöht worden. Sie betragen monatlich für einen Schwerbeschädigten mit einer Minderung der Erwerbsfähigkeit um 50 bis 80 v. H. 500 Mark, für einen Schwerbeschädigten mit einer Minderung der Erwerbsfähigkeit um mehr als 80 v. H. 750 Mark, für einen erwerbsunfähigen Witwe 500 Mark, für eine natürliche Witwe 250 Mark, für eine eheerlöste Witwe oder einen Ehelastträger 300 Mark, für einen Elternpaar 500 Mark. Empfänger eines Übertragungsbeschlusses oder eines Hausbesitzes und Empfängerinnen einer Witwenrente erhalten 450 Mark, Schwerbeschädigten und Hausbesitzempfänger mit, wenn sie für Kinder sorgen, für jedes Kind ein Zubehör von 200 Mark, gewährt. Die Lebensführung der geschiedenen Ehemänner, die nach dem 1. August des einen Versorgungsberechtigten zuteilenden Teuerungszuläufen zu berechnen ist, wird der Teuerungszuläufen nur zum halben Betrage gewährt, bei einem Einkommen, welches das 2/3fache dieser Sätze erreicht, kommt der Teuerungszuläufen in Wegfall. In den Ostpreußen I und II verringern sich diese Einkommensgrenzen um 10, in den Ostpreußen I und II um 20 v. H. Schwerbeschädigte, die nur auf die Rente angewiesen sind, nachweislich einen Erwerb ausüben nicht instande sind, erhalten 1000 Mark, erwerbsunfähige Witwen unter den gleichen Voraussetzungen 700 Mark. Härtet die sich beim Überjährigen einer Einkommensgrenze heraus ergeben, daß die Einkommensgrenzen geringer ist als die in Betracht kommende halbe Teuerungszuläufen, werden ausgeschlossen. Auch Leichtbeschädigte und erwerbsfähige Witwen sollen die Teuerungszuläufe erhalten, wenn sie trotz eigenen Bemühens und trotz der Wirkungen der Fürsorgelei eine regelmäßige Erwerbstätigkeit nicht aufnehmen können. Die Teuerungszuläufen werden durch die Fürsorgelei nicht erhöht. Die Erhöhung der Teuerungszuläufe nach § 87 Abs. 6 für das Sterbegeld auf 200 v. H. für die Hinterbliebenen und für die dem Sünden zuteilenden Unterhaltstoffen für den Führerband auf 250 v. H. haben die Versorgungsämter anzuweisen.

Durchführung von Kuren für Kriegsbeschädigte.

Nach dem Reichsversorgungsengesetz kann das Reich unter gewissen Voraussetzungen Kuren in Bädern und Sanatorien tätigen gewähren. Zu diesem Zwecke hat es Plätze in 51 bekannten Kurorten und 72 Kurheilanstalten zur Verfügung und kann somit allen Anforderungen genügen. Auch ist Vorortage getroffen, das den Kuranträgen in letzter Zeit entzogen werden kann. Der Kriegsbeschädigte muß sich, wenn er eine Kur beantragen will, an sein Versorgungsamt wenden; denn nur auf diesem Wege kann eine Kostenkarte zur erhalten. Für Kuren, die ohne Genehmigung der Versorgungsbehörden durchgeführt werden, wird kein Kostenersatz geleistet. Erstattungsmäßig ist hauptsächlich im Sommer der Monara in den Bädern und Sanatorien sehr stark, während in den übrigen Jahreszeiten die Kurgeleiten in viel geringerer Grade benutzt werden, obwohl in vielen Bädern und besonders in den Sanatorien während außerhalb der Sommerzeit die gleiche Erträge erzielt werden können, es ist daher dringend zu empfehlen, die Kuranträge auch zu anderen Zeiten zu stellen. Eine Baderkur kann nur dann von den Versorgungsbehörden gewährt werden, wenn die Erkrankung des Kriegsbeschädigten der Gesundheit seiner Familie nicht erfordert und die Anwendung ständig ärztlich überwacht werden muß. Ein gewöhnlicher Erholungsurlaub (Kondanurlaub, Aufenthalt in einem Kurort, Aufnahme in ein Erholungsheim) ist einer Baderkur nicht gleich zu achten. Er kann erforderlich sein bei der zukünftigen amtlichen Fürsorgelei beantragt werden.

Die Delegierten zum Verbandstag der Transportarbeiter

Die im Wahlbezirk Halle und Umgegend vorgenommene Delegiertenwahl zum kommenden Verbandstag des Transportarbeiterverbandes und Verheerendes ergab, daß die von der Verammmlung Halle aufgestellten vier Kandidaten mit einer Stimmenzahl von über 300 gewählt wurden. Es sind dies: Straßenbahner Herr H. Konsumarbeiter Herr G. Angestellter Herr G. und Posthalter Herr F.

Arbeiterjugend!

Morgen wichtige Verammmlung in sämtlichen Gruppen. Jedem muß erscheinen und für guten Besuch Sorge tragen. Der Vorstand.

Freier Sängerkreis. Donnerstag abend 6 Uhr Singstunde. Ausübung der Sargeler und Bekanntheit der Zeit über die Fahrt nach Birna. Deshalb ist vollständiges Erscheinen unbedingt notwendig. Der Vorstand.

Gemeindearbeiter! Heute, Mittwoch, den 9. August, abends 7 Uhr findet in Wiltsdorfs Volkshaus, Karstr. 14, eine wichtige Verammmlung statt.

Handgepäckaufbewahrung. Die Gebühren der Reichsbahn für Handgepäckaufbewahrung werden von 1,50 auf 3 Mark und für größere Gepäckstücke von 3 auf 5 Mark erhöht.

Erhebung der Einkommensteuer. In der Stadt Halle ist die...
Erhebung der Einkommensteuer für 1921 beendet. Die Fest-

Die Verfassungsfeier im Bezirk.

Könnern. Verfassungsfeier. Am Freitag, den 11.
August, abends 8 Uhr, veranstaltete der Ortsvere-

Die Entwürfe der preussischen Einkommen-
und Grundbesitzsteuer nach dem Staatrat vorgelegt

Mücheln. Verfassungsfeier. Am Freitag abend
findet im neuen Saal zu Mücheln unsere Verfassungs-

Wahlkreis-Vergleiche. Handelt es sich durch seine unfaire
Kampferweise überhaupt den lauten Umständen des Publikums

Mercburg. Die Verfassungsfeier findet am Frei-
tag abend 8 Uhr im „Augusten“ statt. Jeder Sorge für guten

Partei-Angelegenheiten.

25. 8. Diebstahl. Verurteilung am Donnerstag, den
19. August, bei Streiber, 31. Klausstr. 7. Vortrag über „Das

Weigelsfeld. Verfassungsfeier. Angeichts des Natio-
nalschietages findet am Freitag abend im Schumann Garten ein

Sport und Körperpflege.

Zurn- und Sportverein Mücheln. Sonntag, den 13.
Zreitpunkt um 7 Uhr an der Rittstr. Köhne zum Gruppenausflug. Bede-

Giebeln. Für den Verfassungstag ist zwischen
den Vereinen und den Organisationen folgendes Programm

Weiterbericht vom 8. August. Abends: Ein neues Minimum
nahert sich den Werten, nachdem ein heftiger überausgeordneter,

Sonnenstrahlen. Verfassungsfeier. Eine heute ab-
gehaltene Versammlung von Vertretern der hiesigen Arbeit-

Voraussetzliches Wetter am 10. August (Donnerstag):
Wolkig, kühleres Wetter mit etwas Regen. — 11. August (Frei-

Vitterfeld. Verfassungsfeier am Freitag abend
8 Uhr im Bahnhofsrestaurant (Richter).

Ammerdorf. Tödlicher Unglücksfall. Bei Aus-
führung von Bauarbeiten wurde der Arbeiter Friedrich

Lohnkampf im Baugewerbe.

Aus dem Bureau des Deutschen Bauarbeiterverbandes
wird ausgeteilt:
Wieder einmal dröhnt ein Lohnkampf im Bau-gewerbe,

Aus der Provinz.

Der mitteldeutsche „Miesbacher“ verboten!
Der Oberpräsident der Provinz Sachsen, Genosse G.
r. ..., hat die „Mitteldeutsche Presse“ und das „Sachsen-
Zentralblatt“ auf 10 Tage verboten. Die beiden Blätter brachen

der Lohnkampf im Bau-gewerbe,
der sich auf die ganze Provinz Sachsen und den Reichsteil

Demagogie Sölllein.

Kürzlich sprach der kommunistische Reichstagsabgeordnete
Sölllein in einer Reihe sehr lebhaft bedauert Verurteilungen

Wach Anordnung dieser Forderung meinen die Unternehmer,
dass sie zu außerordentlich hoch sei, dass ein Arbeitgeber

In der Anlage überreichte die Abtheilung eines hier einge-
gangenen Schreibens des Vorsitzenden des Hallenser Schlicht-

Erstere hat die Angelegenheit als selbständig aufzufassen,
wenn man sich einbilde, dass die Angelegenheit auf dem Gebiet

In der Anlage überreichte die Abtheilung eines hier einge-
gangenen Schreibens des Vorsitzenden des Hallenser Schlicht-

In der Anlage überreichte die Abtheilung eines hier einge-
gangenen Schreibens des Vorsitzenden des Hallenser Schlicht-

In der Anlage überreichte die Abtheilung eines hier einge-
gangenen Schreibens des Vorsitzenden des Hallenser Schlicht-

In der Anlage überreichte die Abtheilung eines hier einge-
gangenen Schreibens des Vorsitzenden des Hallenser Schlicht-

In der Anlage überreichte die Abtheilung eines hier einge-
gangenen Schreibens des Vorsitzenden des Hallenser Schlicht-

In der Anlage überreichte die Abtheilung eines hier einge-
gangenen Schreibens des Vorsitzenden des Hallenser Schlicht-

In der Anlage überreichte die Abtheilung eines hier einge-
gangenen Schreibens des Vorsitzenden des Hallenser Schlicht-

Schützgr. 22, eingebrochen. Die Täter luden an diesem
abends um 10 Uhr im Saal der Stadtverwaltung

Erstere hat die Angelegenheit als selbständig aufzufassen,
wenn man sich einbilde, dass die Angelegenheit auf dem Gebiet

Erstere hat die Angelegenheit als selbständig aufzufassen,
wenn man sich einbilde, dass die Angelegenheit auf dem Gebiet

Erstere hat die Angelegenheit als selbständig aufzufassen,
wenn man sich einbilde, dass die Angelegenheit auf dem Gebiet

Erstere hat die Angelegenheit als selbständig aufzufassen,
wenn man sich einbilde, dass die Angelegenheit auf dem Gebiet

Erstere hat die Angelegenheit als selbständig aufzufassen,
wenn man sich einbilde, dass die Angelegenheit auf dem Gebiet

Erstere hat die Angelegenheit als selbständig aufzufassen,
wenn man sich einbilde, dass die Angelegenheit auf dem Gebiet

Erstere hat die Angelegenheit als selbständig aufzufassen,
wenn man sich einbilde, dass die Angelegenheit auf dem Gebiet

Erstere hat die Angelegenheit als selbständig aufzufassen,
wenn man sich einbilde, dass die Angelegenheit auf dem Gebiet

Erstere hat die Angelegenheit als selbständig aufzufassen,
wenn man sich einbilde, dass die Angelegenheit auf dem Gebiet

Erstere hat die Angelegenheit als selbständig aufzufassen,
wenn man sich einbilde, dass die Angelegenheit auf dem Gebiet

Erstere hat die Angelegenheit als selbständig aufzufassen,
wenn man sich einbilde, dass die Angelegenheit auf dem Gebiet

Erstere hat die Angelegenheit als selbständig aufzufassen,
wenn man sich einbilde, dass die Angelegenheit auf dem Gebiet

Erstere hat die Angelegenheit als selbständig aufzufassen,
wenn man sich einbilde, dass die Angelegenheit auf dem Gebiet

Erstere hat die Angelegenheit als selbständig aufzufassen,
wenn man sich einbilde, dass die Angelegenheit auf dem Gebiet